



## **Niederschrift**

39. Plenarsitzung des Gemeinderates  
31. Mai 2022, 15:30 Uhr  
öffentlich  
Bürgersaal, Rathaus am Marktplatz  
Vorsitzender: Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

6.

### **Punkt 5 der Tagesordnung: Stellenschaffungen 2022**

**Vorlage: 2022/0396**

### **Punkt 5.1 der Tagesordnung: Stellenschaffungen 2022**

**Änderungsantrag: FDP**

**Vorlage: 2022/0396/1**

### **Beschluss:**

1. Der Gemeinderat beschließt im Wege der Offenlage die in der Liste 1 enthaltenen Stellenschaffungen ohne zusätzliche Auswirkungen auf den Gesamthaushalt im Umfang von rund 2,2 Mio. Euro.
2. Der Gemeinderat beschließt im Wege der Offenlage die priorisierten Stellenschaffungen der Liste 2 im Umfang von rund 0,9 Mio. Euro.
3. Der Gemeinderat nimmt die Stellenschaffungen im Umfang von rund 0,9 Mio. Euro aus den HH-Beratungen 2022/2023 zur Kenntnis.
4. Der Gemeinderat nimmt ebenfalls Stellenschaffungen für Digitalisierungsbedarfe zur Kenntnis, die aufgrund eines Restbudget des Erzieher-/Schulsozialarbeitsbudget aus 2021 in Höhe von rund 0,9 Mio. Euro zur Verfügung stand.

### **Abstimmungsergebnis:**

Beschlussvorlage Ziffern 1, 3 und 4: einstimmig zugestimmt

Beschlussvorlage Ziffer 2: bei 29 Ja-Stimmen und 15 Nein-Stimmen mehrheitlich zugestimmt

Änderungsantrag FDP: bei 17 Ja-Stimmen und 28 Nein-Stimmen mehrheitlich abgelehnt

**Der Vorsitzende** ruft Tagesordnungspunkt 5 zur Behandlung auf und verweist auf die erfolgte Vorberatung im Personalausschuss am 3. Mai 2022 sowie die vorliegende Stellungnahme der Verwaltung. Er teilt mit, es handle sich um eine beanstandete Offenlage.

**Stadtrat Riebel (GRÜNE):** Ich habe das Gefühl, ein Déjà-vu zu haben, und irgendwie ist es auch so. Denn auch letztes Jahr wurde die Offenlage bei den Stellenschaffungen angehalten, auch damals von der FDP und auch von der AfD und das, obwohl die Liste jetzt deutlich weniger Stellen beinhaltet als in der Vergangenheit. Wir GRÜNE jedoch haben die Offenlage nicht angehalten, denn es geht hier um die Zukunft unserer Stadt. Die Stellen beispielsweise für den Ausbau der Digitalisierung sind wichtig, damit die Stadtverwaltung in Zukunft noch Schritt halten kann. Doch die Einwände der FDP und auch der AfD richten sich nicht hiergegen, sondern, wie im letzten Jahr, gegen die Stellen für den Klimaschutz aus der Liste 2. Die Klimakrise wird aber eine der wichtigsten und größten Herausforderung in der Zukunft sein. Die Energieabhängigkeit von Russland, aber auch von einigen anderen Staaten, gilt es zu reduzieren, gerade meist aufgrund der Menschenrechtssituation dort. Hier hilft nur Energiesparen durch eine richtige Gebäudestrategie und die Nutzung von Alternativen. In der FDP-Bundestagsfraktion scheint das mit dem Stichwort Freiheitsenergie angekommen zu sein, bei der FDP hier in Karlsruhe wohl aber leider nicht, und die AfD will gar keine Unabhängigkeit von russischer Energie, sondern Treue zu ihrem Freund Putin. Beim Klimaschutz geht es neben dem Effekt der Unabhängigkeit von Energie aus Russland und anderen Staaten besonders um die Zukunft künftiger Generationen, und diese scheint einigen hier im Haus egal zu sein, uns jedoch nicht.

Daher sagen wir Ja zu diesen Stellenschaffungen. Zur Zukunft gehört aber auch, welche finanzielle Lage wir künftigen Generationen hinterlassen. So halten wir uns in einigen Bereichen mit Forderungen zurück oder haben diese schon etwas zurückgeschraubt, auch wenn uns und auch mir persönlich das sehr wehtut, wie bei einer Stelle aus unserem Antrag Vielfalt@KA. Hier haben wir Alternativen gesucht. An der Zukunft zu sparen, ist aber der falsche Weg. Daher stimmen wir den Stellenschaffungen-Entfristungen vollständig zu.

**Stadtrat Hermanns (SPD):** Die SPD wird dem zustimmen. Aus unserer Sicht gehört zur Verlässlichkeit auch, dass man eine beschlossene Stellenschaffung auch umsetzt. Wir haben mit großer Mehrheit, zumindest wir als SPD-Fraktion, dem Stellenbeschaffungsplan im letzten Haushalt zugestimmt. Der wird jetzt umgesetzt. Uns freut es sehr, dass auch insbesondere auf unseren Anstoß Ganztagschulbetrieb und Kitaplatzeinrichtung, Sozialarbeit ausreichend ist, sodass auch hier tatsächlich eine substantielle Verbesserung geschaffen werden konnte, was uns sehr freut. Wir begrüßen es sehr, dass jetzt noch die freien Mittel für die Stellenschaffung in der Digitalisierung verwandt werden. Denn eines muss uns klar sein, wir können nur eine resiliente Stadt werden, auch im Sinne des Haushaltes, wenn wir unsere Strukturen modernisieren. Dazu gehört, mit aller Kraft in digitale Infrastruktur, und das bedeutet auch in Personal, zu investieren.

Von daher begrüßen wir den Vorschlag und werden dem zustimmen.

**Stadträtin Böringer (FDP):** Unser Änderungsantrag beläuft sich auf zwei Vollzeitwerte aus der Liste 2, mehr nicht. Diese beanstandenden Stellen sind auch nicht durch das beschlossene Konzept gedeckt. Es ist richtig, es wurde schon gesagt, vor einem Jahr beim selben Thema wurde uns aber vorgeworfen, man wolle zeigen, wie man auf die Finanzen achtet, und es mangelte uns an demokratischem Verständnis. Wir achten auf die Finanzen und wir wissen alle, dass die Lage noch katastrophaler geworden ist. Das Haus hat mit dem Haushaltssicherungskonzept eine geplante Einsparung von 12 Millionen beim Personal beschlossen, von den Einsparungen im

aktuellen Vollzug des Haushaltes mal ganz zu schweigen. Zusätzlich ist auch eine Einsparung bei den freiwilligen Leistungen geplant bzw. avisiert.

Wer heute allem zustimmt - wir reden von der Liste 2 -, der spart also in der Zukunft in anderen Bereichen oder wie Sie, Herr Oberbürgermeister, immer sagen, ein Mehr bedeutet ein Weniger an anderer Stelle. Egal also, um welchen Stellenbereich es sich jetzt handelt, es muss ergebnis-effizient bleiben.

Ich habe mir das Klimaschutzkonzept nochmals genau angeschaut und dabei den Fokus auf diese Blöcke, also diejenigen mit finanzieller Auswirkung, gelegt. Beim Thema Ladeinfrastruktur heißt es im Konzept - darauf wird immer Bezug genommen, ich zitiere: „Die finanzielle Beteiligung der Stadt bedarf noch einer grundsätzlichen Klärung. Grundsätzlich sehen wir die Betreiber und Anbieter auf dem Markt in der Verpflichtung und nicht die Kommune.“ Die Beteiligung der Stadtwerke ist also selbstredend. Beim Fußverkehr lesen wir, die Umsetzung der Maßnahme selbst ist nicht mit Kosten verbunden. Jetzt sollen aber zwei Stellen geschaffen werden. Hier würden wir gerne auf die Synergien im Gesamtkonzept bauen und würden dies mit einer Stelle fördern. Liebe Kolleginnen und Kollegen, es geht uns um Transparenz und auch um Aufgabenkritik. Wenn wir diesen Vorgang in das höchste Gremium der Stadt bringen, so ist das doch Grundlage unserer kommunalen Demokratie.

Nur zum Abschluss, im Konzept steht auch die Nutzung der Tiefengeothermie auf Karlsruher Gemarkung. Wird das dann auch einfach so gemacht ohne Diskussion? Da bin ich mal sehr gespannt, und jetzt bedanke ich mich für die Aufmerksamkeit.

**Stadtrat Dr. Schmidt (AfD):** Wir haben die Beschlussfassung via Offenlage ohne Gemeinderatsbeteiligung angehalten, weil wir nicht mit dem TOP 2 einverstanden sind. Wir wollen nicht die Stellenschaffung für das Klimaschutzkonzept in Höhe von 0,9 Millionen Euro, also fast 1 Millionen Euro, die dann jedes Jahr wieder ausgegeben werden müssen für diese Stellen. TOP 1 stimmen wir zu, und TOP 3 und 4 ist nur Kenntnisnahme. Es geht nur um TOP 2. Da stimmen wir mit Nein. Deswegen haben wir die Offenlage angehalten.

Jetzt möchte ich kurz Stellung nehmen zu den Auslassungen vom Herrn Riebel. Sie haben eine richtige Sache gesagt, Herr Riebel, unter vielen Dingen, die einfach falsch sind. Die eine richtige Sache war, es geht um die Zukunft der Stadt, das ist richtig. Wir können das Geld der Stadt nur einmal ausgeben. Wir werden gleich darüber reden, wie es eigentlich mit den Kitas weitergeht. Da sind wir weiterhin auf der Spur, dass wir keine Erhöhungen haben wollen bei den Elternbeiträgen, sondern dass wir weiter in Richtung kostenfreie Kita gehen wollen. Dafür brauchen wir Geld. Wir sind nicht bereit, das Geld, was wir in diesem Bereich brauchen, für ineffiziente Pseudoenergiesparmaßnahmen auszugeben. Wenn Sie wirklich Energie sparen wollten, wie Sie es behaupten, dann hätten Sie nicht dafür sorgen dürfen, dass die ganzen Kernkraftwerke in Deutschland abgeschaltet werden. Denn allein das Kernkraftwerk Philippsburg 2 spart so viel CO<sub>2</sub>, hätte so viel CO<sub>2</sub> einsparen können, wie Karlsruhe alleine produziert. Wir haben 2019 zur Abstimmung gestellt, dass die Stadt sich dafür engagiert, Philippsburg 2 weiterlaufen zu lassen. Da haben Sie alle dagegen gestimmt, auch Sie, die GRÜNEN. Jetzt anzufangen, die erneuerbaren Energien als Freiheitsenergien zu verkaufen, das ist schon wirklich hanebüchen. Wenn Sie ein bisschen was von Energieversorgung verstehen, können Sie die Erneuerbaren nicht ohne Grundlast betreiben, denn Sie brauchen einfach die Grundlast, um die Erneuerbaren abzufuf-

fern. Das, was Sie den Leuten hier erzählen von wegen Freiheitsenergie, ist physikalisch überhaupt nicht möglich. Deswegen muss ich dem hier ganz entschieden widersprechen.

Die Stellen, die hier eingeführt werden sollen, dienen nicht dazu, effizient dem Klima zu helfen. Es geht um eine Art von Scheinausgabe. Man tut so, als wollte man was verbessern, denn es geht gar nicht darum, dass diese Maßnahmen effizient sind. Die effizientesten Maßnahmen habe ich Ihnen genannt. Kernkraftwerke weiterlaufen lassen, wäre die effizienteste Maßnahme, und der stellen Sie sich die ganze Zeit in den Weg.

**Stadtrat Hofmann (CDU):** Boah, es ist ganz schön schwer, nach so einem Wortbeitrag, Herr Oberbürgermeister, jetzt wieder reinzukommen. Ich versuche es trotzdem.

Ich möchte anfangen mit der Verlässlichkeit, die der Kollege Hermanns gesagt hat. Zu der stehen wir eigentlich auch immer. Das haben wir auch im Personalausschuss noch gemacht und haben auch gesagt, was beschlossen wurde. Dazu stehen wir auch. Trotzdem muss ich sagen, die Argumentation, die die FDP bezüglich dieser zwei Stellen hier gebracht hat, hat auch uns überzeugt. Das muss man ganz ehrlich sagen. Wir haben immer wieder gefordert, sehr effizient die Dinge einzusetzen. Wir sind der Meinung, dass das in den beiden Fällen auch wirklich richtig ist. Wer Haushaltskonsolidierung ernst nimmt, der muss sich wirklich auch einer Einzelfallprüfung stellen. Das muss man ganz ehrlich sagen. Denn alle Stellen, die wir jetzt schaffen, sind Stellen für die Ewigkeit. Deswegen müssen wir vielleicht etwas sorgfältiger umgehen mit der ganzen Geschichte und müssen wirklich auch in diesen Einzelfallentscheidungen sein.

Wir sind dankbar für den Antrag der FDP und würden dem wirklich folgen. Ich glaube, es geht uns auch zu, in so einem Fall verlässlich zu sein, zu diesen Gesamtentscheidungen zu stehen. Wir stehen auch weiter zu diesen Stellen. Aber grundsätzlich jetzt zu sagen, wir machen nur etwas, damit die Stellen besetzt sind, das ist nicht der richtige Weg. Ich unterstelle hier auch niemandem etwas. Ich möchte nicht sagen, dass hier etwas falsch gemacht wird. Aber dafür sind wir nun einmal da, zu sagen, hier würden wir etwas langsamer vorgehen und einfach warten. Deswegen glaube ich, dass das der richtige Ansatz ist.

Vielleicht noch einen kleinen Nachsatz. Ich halte es für wenig zielführend, immer den einen oder anderen zu belehren oder Bundespolitik zu betreiben. Von daher, lassen Sie uns einfach wieder zurückkommen, Kommunalpolitik betreiben und das, glaube ich, machen wir hier gerade, wenn wir über Stellen und auch über unseren Haushalt diskutieren. Da hat sich gerade die FDP das nicht leicht gemacht in diesem Fall. Von daher stimmen wir dem FDP-Antrag zu.

**Stadträtin Binder (DIE LINKE.):** Ich kann den Beitrag von Niko Riebel ausdrücklich unterstützen und muss einfach sagen, wir haben eine Situation in Karlsruhe, dass an vielen Stellen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sehr hohen Belastungen ausgesetzt sind. Das ist nicht ohne Grund auch die letzten zwei, drei Jahre sehr auffällig gewesen. Gerade auch während Corona wurde es an vielen Stellen immer wieder spürbar, dass Belastungsgrenzen erreicht sind. Deshalb sind zusätzliche Stellen auch zur Entlastung der vorhandenen Mitarbeiter\*innen aus meiner Sicht notwendig und sinnvoll, wenn wir auch weiterhin als Stadtverwaltung die Aufgabenfülle abdecken wollen, die wir abzudecken haben.

Gerade auch im Klimaschutz haben wir uns ein Programm gegeben. Wenn wir das Programm erfüllen wollen, brauchen wir diese Menschen. Bei den Kitas wissen wir auch, dass es dort an

ganz vielen Stellen klemmt. Es sind zu wenige Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter da. Wir haben bereits ähnliche Situationen in der Verwaltung, auch in diesen Bereichen, wie wir sie zum Teil in der Pflege und in den Krankenhäusern erleben, dass nämlich Menschen sagen, mir wird es jetzt langsam zu viel. Wenn wir das nicht wollen, dann muss man dafür sorgen, dass Entlastung stattfindet.

Deshalb stimmen wir der Vorlage der Verwaltung zu und hoffen, dass gerade auch jungen Menschen klar ist, dass im Laufe eines Lebens eine Stelle auch eine Umwidmung erfahren kann und muss. Nicht jeder wird auf der Stelle in seine Rente kommen, sondern es wird Veränderungen geben müssen, und dazu ist, glaube ich, das Personalamt da, auch für Bildung und Ähnliches, Weiterbildung zu sorgen, dass diese Mitarbeiter\*innen, die jetzt eingestellt werden, möglicherweise in drei oder vier Jahren auch auf anderen Stellen weiter für unsere Stadt mitarbeiten.

**Stadtrat Kalmbach (FW|FÜR):** Ganz verstanden habe ich den Beitrag nicht. Aber darauf kommt es vielleicht auch nicht an. Ich möchte nur sagen, dass ich grundsätzlich finde, dass an dieser Stelle nicht eine komplette Diskussion über eine komplette Personalschaffung abgeleitet wird. Das ist eigentlich Sache der Haushaltsberatung. Da haben wir die Fachdiskussion auch geführt. Deswegen ist hier nicht Platz, völlig auszuholen.

Aber nichtsdestotrotz möchten wir an der Stelle sagen, dem FDP-Antrag werden wir zustimmen. Man darf auch noch einmal an der Stelle genau hingucken. Da scheint es uns richtig zu sein, und da werden wir zustimmen. Ansonsten zu der gesamten Vorlage auch unser Ja.

**Stadtrat Hermanns (SPD):** Ich wollte jetzt doch noch Stellung beziehen zum Antrag von der FDP. Aus unserer Sicht ist es notwendig, wenn wir das Klimaschutzkonzept 2030 umsetzen wollen, was wir auch beschlossen haben, dann benötigen wir Stellen, und Mobilität und Elektromobilität sind zwei wichtige Säulen für unseren Beitrag in der kommunalen Transformation hin zu einer klimaneutralen Stadt. Von daher ist es natürlich so, so viel Zeit haben wir nicht mehr, und wenn wir jetzt wiederum Stellen nicht schaffen, verlieren wir Zeit, um eben unser Ziel, klimaneutrale Stadt Karlsruhe zu werden, zu erreichen. Wir haben mit großer Mehrheit diesem Klimaschutzkonzept zugestimmt. Von daher sind wir der Meinung, wir sollten jetzt nicht kurzfristig Stellen einsparen, die ganz klar von der Verwaltung vorgeschlagen wurden, um das Klimaschutzkonzept 2030, was wir hier beschlossen haben, umzusetzen.

**Der Vorsitzende:** Ich möchte das noch einmal unterstreichen. Sie haben einen Klimaaktionsplan beschlossen. Sie haben ein Konzept Aktive Mobilität beschlossen und wir haben im Haushalt diese 30 Stellen beschlossen, die Sie teilweise noch durch einzelne Stellen zusätzlich ergänzt haben. Wenn wir Ihnen jetzt zum Thema Aktive Mobilität und Klimaschutz in dieser Kombination, die auch nicht ganz voneinander zu trennen sind, diese konkreten Stellen vorschlagen, dann ist es nicht ganz einfach, weil es eigentlich operatives Geschäft der Verwaltung ist, mit den zur Verfügung gestellten Personalmitteln die entsprechenden Ziele, die Sie uns gesetzt haben, zu erreichen. Man kann es durchaus auch systemtheoretisch kritisch finden, dass Sie dann sagen, nein, die Ziele finden wir richtig, aber zwei Stellen sind uns dann doch eine zu viel. Insofern kann ich an der Stelle die Darstellung, dass Sie als Gemeinderat es zu Ihrer ureigensten Aufgabe machen, am Ende jetzt noch jede Stellenschaffung kritisch zu bewerten, durchaus nur kritisch hinterfragen, ob das wirklich Ihr Auftrag ist oder ob Sie sich das wirklich zur Aufgabe wollen. Ich sage nicht, dass Sie es nicht können. Sie können es natürlich, das ist völlig legitim, aber ich würde gerne zu einer Kultur des Vertrauens zurückkehren, dass Sie uns die Ziele vorgeben. Sie ge-

ben uns die Zahl der Stellen vor, auch die Themen, für die wir diese Stellen einsetzen sollen, und wir entscheiden dann aus der Fachlichkeit heraus, wo wir diese Stellen dann an der einzelnen Stelle einrichten.

Sie haben recht, an einer Stelle sind wir jetzt über das Haushaltbeschlossene hinausgegangen, weil wir nämlich freie Personalmittel, die wir für das Ursprüngliche nicht gebraucht haben, Ihnen jetzt empfehlen, für den IT-Bereich einzusetzen, weil wir da chronisch unterbesetzt sind und weil wir vor allem auch aus Projektstellen endgültige Stellen machen müssen, damit uns die Leute nicht wieder wegspringen. Das versuchen wir zwar jetzt auch, ohne dass wir immer neue Stellen schaffen, hinzukriegen, aber die Sicherheit, die wir jetzt dadurch erreichen, ist natürlich einfach schon auch größer. Das vielleicht noch mal sozusagen als Kontrapunkt zu Ihrer Darstellung, nicht so zu verstehen, als dass ich Ihnen das nicht zubillige, aber es ist am Ende eine Diskussion über die jeweiligen Rollen und über die jeweilige Verantwortlichkeit für die Übernahme bestimmter Aufgaben.

Frau Böringer, haben Sie sich noch gemeldet, dann können wir vielleicht abstimmen.

**Stadträtin Böringer (FDP):** Ich mache es ganz kurz. Ich möchte nur noch einmal deutlich machen, das Klimaschutzkonzept, das wir natürlich alle mittragen, auch wir von der FDP, wir haben zugestimmt, muss man sich aber trotzdem einmal durchlesen. Bei jeder Maßnahme gibt es einen Block, wie viel. Wie viel, das sind die finanziellen Auswirkungen, ich habe es gesagt, und ich glaube, wenn man seriös ist, muss man das auch im Einzelnen auf sich wirken lassen. Wir haben diese zwei Vollzeitwerte, die sind uns völlig schleierhaft, und das war es auch schon mit meinem Beitrag.

Ich bleibe also bei dem Änderungsantrag, den wir stellen als FDP.

**Der Vorsitzende:** Wir kommen jetzt zur Abstimmung. Ich rufe zunächst auf den Änderungsantrag der FDP und bitte um Ihr Votum. – Das ist eine mehrheitliche Ablehnung.

Jetzt habe ich Ihren Redebeitrag, Herr Stadtrat Dr. Schmidt, so verstanden, dass Sie bei den Ziffern unterschiedlich abstimmen wollen. Insofern würde ich die jetzt unterschiedlich zur Abstimmung stellen. Ich rufe auf die unveränderte Beschlussvorlage der Verwaltung, und zwar die Ziffern 1, 3 und 4 gemeinsam, und bitte um das Votum. – Das ist Einstimmigkeit.

Dann rufe ich auf die Ziffer 2 der Beschlussvorlage der Verwaltung, und bitte da um Ihr Votum. – Auch das ist eine mehrheitliche Annahme an dieser Stelle.

Zur Beurkundung:  
Die Schriftführerin: